

# Beschluss

Der Staat als Helfer und nicht als Haudrauf

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 3. Landtagswahl

## Antragstext

### 1 Die Verwaltung in unserer Zeit ankommen lassen

2 Wir fordern eine zentrale Anfragestelle für Bürger\*innen, um Fragen oder  
3 Probleme an die Verwaltung zu geben. Mit Hilfe eines Ticketsystems sollen sie  
4 schnell und unkompliziert Antworten auf ihre Eingaben erhalten. Die Beschaffung  
5 des Landes muss sich außerdem stärker an ökologischen und sozialen Faktoren  
6 orientieren, der niedrigste Preis genügt nicht als Entscheidungsgrundlage.

7 Für flächendeckendes Internet sollten sämtliche Landesgebäude mit Freifunk  
8 ausgestattet werden.

9 Mit dem Transparenzgesetz wurde in RLP viel erreicht. Informationen sollen  
10 Bürger\*innen leichter zugänglich gemacht werden durch niedrigschwellige  
11 Informationskampagnen, z.B. zu Mieter\*innenrechten oder Schüler\*innenrechten.  
12 Dazu müssen Behörden aktive Informationsstrategien, auch in einfacher Sprache,  
13 entwickeln. Die Digitalisierung muss, das hat uns die Corona-Pandemie nochmal  
14 verdeutlicht, mit Nachdruck vorangebracht werden. Es müssen viel mehr  
15 Verwaltungsvorgänge vom Handy und heimischen PC aus möglich sein.

16 Wir fordern eine landesweite Förderung von E-Government-Strukturen: unter  
17 Leitung des Landes soll so allen Bürger\*innen über ein Portal die Kommunikation  
18 sowohl mit kommunalen als auch mit Behörden des Landes ermöglicht werden - am  
19 Leitbild eines Ticketsystems sollen so auch komplexere Vorgänge stattfinden. In  
20 unseren Augen wird dies Verwaltungen und Bürger gleichermaßen entlasten und  
21 bildet einen elementaren Baustein der Strukturen von morgen. Kleine, kommunale  
22 Verwaltungen ohne entsprechende technische Expertise sollen bei der Umstellung  
23 auf digitale Strukturen auch personell unterstützt werden. Für Beamt\*innen und  
24 Mitarbeiter\*innen der Verwaltung müssen begleitende Kurse und Lernangebote zur  
25 Verfügung gestellt werden.

26 Um die Strukturen des Landes langfristig zu entwickeln, fordern wir den Fokus  
27 bei IT-Neuanschaffungen des Landes auf GreenIT und Interoperabilität zu legen,  
28 um auch in der IT des Landes den Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu  
29 werden.

30 Um Ressourcen des Landes nachhaltig einzusetzen, möchten wir mit Nachdruck  
31 GreenbyIT Systeme einsetzen, an unseren Hochschulen und Instituten im Land  
32 werden diese Systeme entwickelt und verschaffen uns die Möglichkeit einen echten  
33 Mehrwert daraus zu gewinnen.

### 34 Justizpolitik mit Fokus auf Prävention

35 Grüne Justizpolitik muss andere Wege gehen. Dazu muss viel stärker auf  
36 Prävention statt Reaktion gesetzt werden. Zu einem umfassenden

37 Präventionsprogramm gehören deutlich mehr Streetworker\*innen,  
38 Sozialpädagog\*innen und Psycholog\*innen, aber auch etwa flächendeckende  
39 Versorgung mit Jugendhäusern in den Städten und auf dem Land. Diese müssen für  
40 junge Menschen gut erreichbar sein. Auf diesem Wege wollen wir Straftaten  
41 verhindern, bevor sie begangen werden. Es müssen ausreichende Strukturen in  
42 Rheinland-Pfalz geschaffen werden, die vor allem junge Menschen erreichen. Oft  
43 können Streetworker\*innen und Vertrauenspersonen mehr erreichen als  
44 Richter\*innen oder Polizist\*innen. Die Justiz- und Innenpolitik in Deutschland  
45 setzt zu sehr auf Überwachung und Bestrafung, statt Prävention. Dies wollen wir  
46 ändern.

47 Durch Prävention entlasten wir zudem auch das viel zu überlastete Justizwesen.  
48 Mehr Prävention führt zu weniger Fällen vor Gericht, die sich derzeit massenhaft  
49 auf den Schreibtischen der Anwalt\*innen und Richter\*innen sammeln.

50  
51 Der Fokus des Strafvollzuges sollte stärker auf Aus- und Weiterbildungen liegen,  
52 damit verurteilte Straftäter\*innen wieder ein Teil unserer Gesellschaft werden  
53 können und eine erneute Straffälligkeit verhindert wird.

#### 54 **Keine Überwachung**

55 Wir lehnen Überwachungsmaßnahmen wie die Vorratsdatenspeicherung oder den  
56 Staatstrojaner ab. Bürger\*innen sollten nicht unter Generalverdacht gestellt  
57 werden.

#### 58 **Polizei als „Freund und Helfer“ wahr werden lassen**

59 Wir wollen ein Notrufgarantie auf dem Land erreichen, Rettungsdienste müssen  
60 innerhalb weniger Minuten vor Ort sein und nicht 20 Minuten bis zum Notruf  
61 fahren. Außerdem ist es sinnvoll, auch andere Berufsgruppen 24 Stunden in  
62 Bereitschaft zu haben. Die Polizei sollte nicht alle Krisen alleine lösen  
63 müssen. Psychologen können bspw. besser mit suizidalen Personen umgehen als  
64 Polizeibeamte.

65 Die staatlichen Behörden und auch Vollzugsbehörden wie die Polizei müssen  
66 personell besser aufgestellt werden. Dabei soll darauf geachtet werden, dass die  
67 Behörden die Gesellschaft abbilden. Das heißt es müssen u.a. deutlich mehr  
68 Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund eingestellt werden. Außerdem  
69 sollen Polizist\*innen die Möglichkeit bekommen, an zivilen Lehrgängen und  
70 Schulungen teilzunehmen, etwa durch eine Kooperation der Polizeihochschule mit  
71 zivilen Hochschulen und Universitäten.

72 Polizeigewalt ist leider auch ein Problem der rheinland-pfälzischen Polizei. Die  
73 Grünen haben sich erfolgreich für eine unabhängige Polizeibeauftragte eingesetzt.  
74 Diese muss mit mehr Kompetenzen, Mitteln und Personal ausgestattet werden, um  
75 Gewaltexzesse der Polizei wie bei Demos in Ingelheim und Worms zu unterbinden.

76 Es muss mehr Schulungen hinsichtlich Rassismus und häuslicher Gewalt geben. Die  
77 Polizei muss eine Fehlerkultur etablieren. Es darf keinen Korpsgeist innerhalb  
78 der Polizei geben, der Aufklärung verhindert. Dazu muss verhindert werden, dass  
79 Menschen mit rechtsextremer Gesinnung in den Behörden und der Polizei tätig  
80 sind. Wir fordern eine Studie zum Racial Profiling auf Landesebene.

81  
82 Das staatliche Gewaltmonopol obliegt einzig der Polizei und der Justiz. Eine  
83 Ausstattung der kommunalen Vollzugsdienste/ Ordnungsämter mit Bewaffnung  
84 jeglicher Art lehnen wir ab ebenso wie polizeiähnliche Bezeichnungen von

85 kommunalen Vollzugsdiensten. Die Polizei soll so ausgestattet werden, dass sie  
86 ihre polizeilichen Aufgaben in den Kommunen wahrnehmen kann. Eine Ausdehnung der  
87 Befugnisse kommunaler Vollzugsdienste auf polizeiliche Aufgaben lehnen wir  
88 entschieden ab.

89 Polizist\*innen sollten als Helfer\*innen ausgebildet werden, der Fokus ihres  
90 Handelns sollte dementsprechend auf Deeskalation gelegt werden, sie sollten nicht  
91 schwerbewaffnet durch Städte laufen. Deshalb lehnen wir den Taser und  
92 Handfeuerwaffen als standardmäßige Bewaffnung ab.